

Counter-Insurgency im Marag Valley trifft vor allem die Zivilbevölkerung

Nr. 143/1991

Schöne neue Weltordnung

James Petras
Militärische Hegemonie statt Produktivität
Hintergründe der US-Interessen am Golfkrieg

Gabriela Simon
Mit Raketen und Petrodollars aus der Wirtschaftskrise

Eduard Fritsch
Big wars, small wars und die Kriege der Krämerseelen

Tom Baier
„Wo sich die Lüge wahrügt“
Die Köpfe im Fadenkreuz militärischer Interessen

Howard Brill/James Petras
Der glitschige Kreislauf des Ölgeldes

Res Strehle
Investitionszonen, Armutszonen, Frontstaaten

Außerdem Beiträge zu Chile, Uruguay, Haiti, zum Drogenkrieg in den Anden, zu Aktionen gegen den Golfkrieg in Lateinamerika, zur Kirche in Zentralamerika und zu den Widersprüchlichkeiten in der Solidaritätsarbeit.

Unser nächster Schwerpunkt:
Japan und Lateinamerika

Einzelpreis DM 5,-
Erscheint 10xjährlich

Zeitschrift der
Informationsstelle
Lateinamerika

ila

Oscar-Romero-Haus
Heerstr. 205
5300 Bonn 1

Mindestens 98 Kinder starben bisher als Resultat von Counter-insurgency Operationen der Armee im Marag Valley in Nord Luzon. Dies berichteten Vertreter von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen. Das Tal wird nach Angaben der Armee von der NPA kontrolliert. Dort soll das Erste Bataillon der kommunistischen Untergrundarmee stationiert sein.

Seit dem Beginn der jetzigen Aktionen vom Oktober vergangenen Jahres konnten nur zwei „mercy missions“ das abgeriegelte Tal besuchen. Nach ihren Angaben seien bis Januar mehr als 100 Bomben in dem Gebiet abgeworfen worden. 81 Raketen und 150 Artilleriegeschosse hätten bis zu diesem Zeitpunkt im Tal eingeschlagen. Die Armee greife mit Jets und Helikoptern sowie mit Truppen der Philippine Army und der Philippine National Police (früher Philippine Constabulary) das Tal immer wieder an. Mehr als 100 Häuser seien zerstört worden. Die Bevölkerung wäre teilweise in die umliegenden Waldgebiete geflüchtet. Die Opfer der militärischen Aktionen seien vor allem die Kinder, die an verschiedenen Krankheiten sterben würden. Die Armee habe eine Nahrungsmittelblockade verhängt und lasse auch keine Medikamente ins Tal.

Nach Angaben der Armee habe sich in dem Tal eine provisorische Regierung der NPA gebildet. Für Verteidigungsminister Fidel Ramos rechtfertigte dies die Angriffe. „Wir können keiner anderen Regierung erlauben, in der Republik der Philippinen zu bestehen“, sagte Ramos, „auch wenn dies nur eine Regierung von einigen kleinen Siedlungen sein sollte.“ Militärstellen meldeten, daß bisher 120 NPA-Kämpfer getötet und weitere 34 verwundet worden seien. Trotzdem gestanden Armeesprecher ein, daß die Basen der Rebellen noch nicht zerstört werden konnten.

In den Philippinen wächst der Protest gegen die Militäraktion. Ende Februar hatten sich etwa 350 Einwohner der Provinz Kalinga-Apayo bei einer Protestveranstaltung gegen die Angriffe ausgesprochen. Der Kongreßabgeordnete William Claver wies darauf hin, daß sich die Militäraktionen vor allem auf Gegenden konzentrierten, in denen nationale Minderheiten lebten. Er sagte das Bombardieren des Tales zeige die „rassistische Haltung der Regierung.“

Nach Protesten von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen wie der „Ecumenical Movement for Justice and Peace“, der „Northern Luzon Human Rights Organisation“ und der „Assistance for People in the

North“ hatten Verteidigungsminister Ramos veranlaßt, einen Hilfstransport in das Kriegsgebiet Ende März zuzulassen. Kirchlichen Organisationen, die den Transport durchführten, berichteten, daß weitere Kinder an Krankheiten und Unterernährung verstorben waren. Mittlerweile soll das Einsatzgebiet der Armee weiter ausgedehnt worden sein.

Diese nun laufende Aktion ist nicht die erste, die die Bevölkerung des Tales über sich ergehen lassen muß. Bereits 1985 wurde das Gebiet zum „Niemandland“ erklärt. Dies bedeutet, daß jeder dort Aufgegriffene als Rebell behandelt wird und erschossen werden kann. Nach dieser Erklärung wurden alle Einrichtungen der Regierung aus dem Tal abgezogen. Nach Ansicht der Armee befindet sich in diesem Gebiet nunmehr keine Zivilbevölkerung mehr, sondern nur noch die NPA.

In der philippinischen Presse wurde über weitere mögliche Hintergründe der Aktion spekuliert. Bereits 1980 hatten Holzverarbeitungsbetriebe versucht, in das Tal einzudringen, waren aber am Widerstand der Bevölkerung gescheitert.

vgl. DG 7., 8., 9.3.; MC 12., 24.3.; PDI 2., 6., 24., 26.3.; Northern Dispatch 26.1., 1.2., 2.3.; PNF 17.3.; Philnews 21., 24., 25.3.91

Roads to the rebels

Deutsches Entwicklungsprojekt auf Bondoc

1987 als Unterstützung für die neue Aquino-Regierung geplant, steht das deutsche Straßenbauprojekt auf der Halbinsel Bondoc im Süden Luzons nun vor einem Legitimationsproblem. Es stellt sich immer mehr die Frage, ob der Bau der Straßen, der mit 25 Millionen Mark gefördert werden soll, der Bevölkerung tatsächlich nützt, oder ob er nur dazu dient, der Armee die Zerschlagung der dort operierenden NPA-Verbände zu erleichtern.

1979 war die NPA, der militärische Flügel der kommunistischen Partei, erstmals auf die Halbinsel vorgerückt. Innerhalb von drei Jahren konnte sie ihren Einfluß so stark ausbauen, daß die Halbinsel zum Musterbeispiel von Guerillabasen wurde.

2000 Regierungssoldaten sind unter dem Kommando von General Federico Ruiz auf der Halbinsel stationiert. Der General vertritt die Ansicht, daß eine Ent-

wicklung des Gebietes erst möglich sein wird, wenn die NPA geschlagen ist. Obwohl die Armee immer wieder aus dem Hinterhalt angegriffen wird, haben es die Pioniere geschafft, 37 Kilometer Straße im Norden der Halbinsel zu bauen. Überall wird Militär stationiert, so die Elite-truppe der 2. Division. Sie besteht aus Mitgliedern des ehemaligen 3. Scout Ranger Battalion, das nach dem Putschversuch im Dezember 1989 aufgelöst wurde. Diese Militarisierung stellt ein Problem für das deutsche Projekt dar.

1987 wurde von Seiten der philippinischen Regierung versichert, die Sicherheit stelle kein Problem in der Region dar, was von deutscher Seite offensichtlich geglaubt wurde. Durch Briefe von Gregorio Rosal („Ka Roger“), Sprecher des „Southern Tagalog Regional Committee“ der NPA, an den damaligen Ent-

wicklungshilfeminister Jürgen Warnke, die von der Partei der Grünen zum Anlaß von Anfragen an den Bundestag genommen wurden, wurde das Bild relativiert.

Das Projekt ist inzwischen in die erste Phase von sozialen Projekten für die Bevölkerung gegangen, die jedoch wesentlich von Reformen durch den philippinischen Staat abhängig sind. Die überall im Land steckengebliebene Agrarreform hat auf Bondoc nahezu überhaupt nicht stattgefunden. Nach Pressemitteilungen wurden nur 1961 ha der 46 589 ha der vier Bezirke San Narcisco, Mulanay, Cata-nauan und Buenavista durch die Regierung in ein Umverteilungsprogramm aufgenommen. Das sind gerade 4 % des Landes. Allein Eduardo „Danding“ Cojuangco besitzt auf der Halbinsel mehr als 10 000 ha an Kokosnuß-Plantagen.

Ein deutscher Vertreter des Projektes geht davon aus, daß „solange weitergemacht werden kann, wie die NPA davon überzeugt ist, daß das Projekt dem Volk hilft und nicht dem Militär.“ Die deutschen Entwicklungshelfer wollen offensichtlich nicht als ein Teil der Counterinsurgency-Politik der philippinischen Regierung gelten, meinte John McBeth, Philippinenkorrespondent der Far Eastern Economic Review. Nach seiner Auffassung ist es schwierig, in einem Bürgerkriegsgebiet zivile Maßnahmen von militärischen zu trennen.

vgl. FEER 11.4.91

Wahlkampf auf vollen Touren

Das Jahr 1992 wirft seine Schatten voraus. Der Wahlkampf um die Präsidentschaft auf den Inseln ist im vollen Gange. Gleichzeitig werden im Mai nächsten Jahres auch 24 Senatoren neu gewählt. Politiker wechseln die Parteien, und Kandidaten werden gehandelt.

Obwohl die philippinische Wahlordnung festschreibt, daß erst im Januar 1992 die Parteien ihre Kandidaten benennen können, wurden in vielen Gruppierungen bereits Vorentscheidungen getroffen. So zum Beispiel hat sich die „Liberal Party“ für den Senatspräsidenten Jovito Solonga als ihren Kandidaten ausgesprochen. Dies nahm der

Senator Joseph Estrada zum Anlaß, die Partei zu verlassen, er trat der „Pilipino Democratic Party – Laban“ bei.

Seine Ambitionen auf die Präsidentschaft hat auch der Millionär Eduardo „Danding“ Cojuangco angemeldet. Nach seinem dreijährigen Exil infolge des Sturzes von Ferdinand Marcos ist er seit 1989 wieder auf den Inseln und soll beim letzten Putschversuch bereits seine Hände nach der Präsidentschaft ausgestreckt haben. Kürzlich hat Cojuangco erst wieder seinen Einfluß auf die San Miguel Corp, eine der größten Firmen des Landes, zurückgewonnen.

Zu diesen kommen noch der Parlamentssprecher Ramon Mitra, Verteidigungsminister Fidel Ramos, Vize-Präsident Salvador Laurel, der Führer der Nacionalista Party und frühere Verteidigungsminister Juan Ponce Enrile, Senator Aquilino Pimentel, die ehemalige Agrarreformministerin Miriam Santiago-Defensor, der Schauspieler und ehemalige Senator Joseph Estrada, der Gouverneur von Cebu, Emilio Osmena und Innenminister Oscar Orbos. Auch Imelda Marcos hat angekündigt, daß sie für die Präsidentschaft kandidieren werde, falls dies von den Anhängern ihres Mannes gewünscht werde.

vgl. MC 21.2.; 12.,13.,14.,19.,25.3.; FEER 4.,25.4., 9.5.91 DG 12.,20.,26.,31.3.; Manila Times 1.4.91,

Reis Protest

1000 Säcke mit Reis haben Farmer aus den Provinzen Bulacan, Cavite und Laguna im April vor dem Büro der „National Food Agency“ (NFA) in Quezon City abgeladen. Die Aktion sollte den Protest der Farmer sowohl gegen die Politik der Regierung wie auch gegen die Händler verdeutlichen. Die NFA hatte den Aufkaufpreis der Regierung für Reis im vergangenen Oktober auf 6 Pesos pro Kilo festgelegt. Da die NFA aber nur zwischen 5 % und 10 % der jährlichen Reisernte aufkaufen kann, bleibt genügend Spielraum für private Händler. Deren Aufkaufpreise würden nach Angaben des Nationalen Bauernverbandes der Philippinen KMP beispielsweise in Central Luzon nur bei 3,8 bis 4,2 Pesos pro Kilo liegen.

Der offizielle Verkaufspreis von Reis wurde im April von 7,5 auf 9 Pesos angehoben. Die NFA argumentierte, diese Anhebung wäre bereits lange überfällig gewesen und würde das Einkommen der Farmer erhöhen. Demgegenüber sagte ein Sprecher der „Food for All Coalition“ (FFAC), eine Allianz aus 15 Farmer- und Verbraucherorganisationen, die Erhöhung der Verkaufspreise durch die Regierung würde „only fatten the pockets of middlemen, not farmers.“ Nach Untersuchungen der FFAC würde Reis mittlerweile für 10,5 bis 14,5 Pesos pro Kilo verkauft.

vgl. DG 13 und 17.4.; NC 10.4.; PDI 9.4.91.

Diese Entscheidung stieß auf Widerstand der lokalen CAFGU – Kommandeure, die die Milizeinheiten als zentralen Punkt ihrer „counterinsurgency strategy“ zur Zurückdrängung des kommunistischen Einflusses betrachten. Landesweit wurden insgesamt 80 CAFGU – Kompanien aufgestellt, von denen 20 auf Negros stationiert sind.

vgl. MC 18.3.91

Allied Kajima kauft Philippine Plaza Hotel

Allied Kajima, eine Hongkonger Investmentfirma in japanischem Besitz, hat das Philippine Plaza Hotel für umgerechnet 53,6 Millionen Dollar gekauft. Feliciano Belmonte, Manager der „Government Service Insurance System“ (CSIS) sagte, Allied Kajima würde ein Drittel des Kaufpreises sofort und den Rest innerhalb von fünf Jahren bezahlen.

Die CSIS bereit auch die Privatisierung der derzeit noch staatlichen „Philippine Airlines“ (PAL) vor, so Belmonte. Mit den us-amerikanischen Northwest Airlines habe sich auch bereits ein Interessent gemeldet, sagte der Manager.

vgl. FEER 2.5.91.

Bedauerlicher Irrtum!

Unser ehemaliges Redaktionsmitglied Klaus Marquardt hatte 1986 unter dem Titel „Und ewig wiegt sich der Bambus. Was uns Buchtitel alles über unsere Welt erzählen“ eine Glosse in der Zeitschrift für Kulturaustausch, Stuttgart, veröffentlicht. In seinem Postskriptum bemerkte er: „Wenn in einiger Zeit das Scheitern des ‚philippinischen Experiments‘ offenkundig werden wird, dann kommen mit Sicherheit auch einige berufene Sachverständige daher, die uns darüber aufklären, warum dies so hat geschehen müssen. Ich tippe auf: Der Bambus blühte nur im Februar oder Philippinen. Zwischen Gestern und Übermorgen oder Klagen im Paradies. Woll'n wir wetten?“

Diese Wette hätte er verloren. Die berufenen Sachverständigen haben nun ein Buch veröffentlicht (Hrsg.: R. Werning u. M.L.U. Hardillo; Berlin: Elefantpress, 1991) und es ganz anders genannt: Philippinen. Paradies im Aufruhr. Pech!

Kurzmeldungen

Philippinische Regierung will Strompreise anheben

Wie die staatseigene „National Power Corp.“ bekanntgab, sollen die Strompreise um durchschnittlich 17 Centavos pro kWh angehoben werden. Die Preise sollen in Zentral Luzon um 13,7 % auf 1,69 Pesos steigen. Auf den Visayas ist eine Anhebung von 13,1 % auf 1,83 Pesos und auf Mindanao von 6,2 % auf 87 Centavos geplant. Als Grund wurden Abmachungen mit dem IWF angegeben.

vgl. FEER 21.2.90

Soldaten freigelassen

190 Soldaten, die am Putschversuch im Dezember 1989

teilgenommen hatten, wurden freigelassen. Das „Armed Forces Special Investigation Committee“ begründete diesen Schritt damit, daß die Freigelassenen durch ihre Vorgesetzten verführt worden seien.

vgl. DG 2.4.91

Landbesitzer auf Negros streichen Unterstützung für CAFGU-Milizen

Die Landbesitzer auf der Zuckerinsel Negros haben entschieden, ihre Unterstützung für die CAFGU (Citizens Armed Forces Geographical Units) einzustellen. Statt dessen sollen die Gelder für Entwicklungsprojekte verwendet werden.

Abtreibungen

Nach Angaben von Dr. Florence Tadiar von der „Women's Health Foundation“ werden auf den Philippinen pro Jahr 163 000 Abtreibungen vorgenommen. Vor einem Senatskomitee berichtete Dr. Tadiar, daß die meisten der betroffenen Frauen zwischen zwanzig und dreißig Jahren alt wären und in ländlichen Gebieten lebten. 19 % der Abtreibungen würden von den Frauen selbst vorgenommen, nur 40 % würden durch ausgebildetes Personal durchgeführt. 14 % der Frauen würden nach Angaben von Dr. Tadiar bei dem Eingriff sterben. Die Senatskommission bereitet Gesetze vor, durch die Abtreibungen höher bestraft werden sollen.

vgl. MC 1.3.91